

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 23.10.2016 zur Kritik an einen Bericht von tagesschau.de vom 18.10.2016/Stand 09:10 Uhr mit der Überschrift „Assange ist offline“

In ihrer E-Mail vom 23.10.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam einen Bericht von tagesschau.de vom 18.10.2016/Stand 09:10 Uhr mit der Überschrift „Assange ist offline“. Die Petenten werfen ARD-aktuell vor, Informationen zu unterschlagen, tendenziös zu berichten und Lügen zu verbreiten.



Im Einzelnen bemängeln die Petenten, dass der Artikel nicht auf die E-Mail-Affäre der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Clinton im Zusammenhang mit Enthüllungen durch WikiLeaks eingeht. Die Überschrift lässt aber schon erkennen, dass der Schwerpunkt des Berichts auf der Neuigkeit des Tages, nämlich der Abschaltung des Internetzugangs des WikiLeaks-Gründers Assange, liegt. Dabei wird in der von den Herren Klinkhammer und Bräutigam bemängelten Textpassage deutlich, dass Quelle der Nachricht die Enthüllungsplattform selbst ist. Sie ist es auch, die Verbindungen zu Veröffentlichungen über Clinton herstellt. Der Artikel weist die Quelle der Informationen eindeutig aus und gibt den Sachstand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder. Weder die Botschaft von Ecuador, noch der Außenminister des Landes, noch die Londoner Polizei hatten sich zu diesem Zeitpunkt zu den Gründen für die Internetabschaltung geäußert. Die Petenten selbst „nehmen lediglich an, dass Ecuador die Sperrung durchsetzte“. Dabei handelt es sich um eine zu dem Zeitpunkt nicht belegbare These.

Dass in diesem Kontext von „Bloßstellungen“ Hillary Clintons die Rede ist, ist der Absichtserklärung Assanges geschuldet. Nicht die Redaktion ergreift durch die Verwendung des Begriffs „bloßstellen“ Partei für Clinton und bedauert sie, wie von den Petenten moniert. Ein Verweis auf die Reden von Hillary Clinton für Goldman Sachs lässt sich auf der Seite finden, im Text eines abgebildeten Tweets. Dass Clinton Reden für die Bank gehalten hatte, berichteten wir bereits am 18.01.2016:

<http://www.tagesschau.de/ausland/sanders-clinton-101.html>

Die Informationen waren also am 18.10.2016 nicht neu und damit auch nicht zwingend berichtenswert. Es ist weder Sinn noch Ziel des vorliegenden Artikels, den gesamten Verlauf der Affäre nachzuzeichnen; er will vielmehr die neuesten Entwicklungen aufzeigen. Darüber hinaus behaupten wir an keiner Stelle des Artikels, dass es Beweise für „russische Hackerangriffe“ gibt. Bewusst und korrekterweise wurde die Formulierung gewählt:

„...werden in den USA Hacker mit Verbindungen zum russischen Geheimdienst vermutet.“

Des Weiteren haben wir immer wieder, seit Beginn der Affäre, über den Inhalt der Mails der damaligen US-Außenministerin Clinton berichtet:

<http://www.tagesschau.de/ausland/wikileaks-109.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/uswahl/clinton-mails-103.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-279.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-271.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-fbi-103.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-fbi-101.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-emails-103.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-emails-101.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-mailaffaere-103.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/hillary-clinton-121.html>

<http://www.tagesschau.de/ausland/clinton-mailaffaere-101.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/hillary-clinton-101.html>

Erneut möchten wir betonen, dass es nicht Aufgabe eines einzelnen Berichts ist, eine Geschichte immer wieder von Anbeginn aufzurollen. Es ist vielmehr die Aufgabe von Nachrichtenjournalismus, die tagesaktuellen Entwicklungen zu begleiten. Dementsprechend gab es am 19.10.2016 eine Fortschreibung des Falls auf tagesschau.de unter Einflechtung neuer Erkenntnisse:

<http://www.tagesschau.de/ausland/assange-internet-103.html>



Wir weisen auf Grundlage der vorgebrachten Argumente die von den Petenten gegen uns erhobenen Vorwürfe zurück. Wir haben umfassend und ausgewogen, unter Hinzuziehung der jeweils belegbaren Fakten berichtet und sind damit den an uns im Rundfunkstaatsvertrag gestellten Forderungen vollumfänglich nachgekommen.

Dr. Kai Gniffke
04.11.2016